



Ausbau der Bahnstrecke Emmerich - Oberhausen kommt: Bund, Nordrhein-Westfalen und Deutsche Bahn unterzeichnen Finanzierungsverträge

Ausbau der Bahnstrecke Emmerich - Oberhausen kommt: Bund, Nordrhein-Westfalen und Deutsche Bahn unterzeichnen Finanzierungsverträge
Auch weiterer Zeitplan zur Realisierung des Rhein-Ruhr-Express vereinbart.
Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer, die Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen Hannelore Kraft, ihr Verkehrsminister Michael Groschek und der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG, Rüdiger Grube haben heute in Bonn die Finanzierung für den dreigleisigen Ausbau der Schienenstrecke von Emmerich nach Oberhausen vereinbart. Die Bahnstrecke ist Teil einer der wichtigsten und viel befahrensten Güterverkehrsachsen Europas: Sie verbindet den Ballungsraum Ruhrgebiet und den Rheintalkorridor mit den Nordseehäfen und der BETUWE-Linie zum Überseehafen Rotterdam.
In den nächsten Jahren werden insgesamt rund 1,5 Milliarden Euro in den Ausbau der rund 73 Kilometer langen Strecke investiert. Davon trägt das Land Nordrhein-Westfalen 450 Millionen Euro. Der Bundesanteil beträgt rund 746 Millionen Euro, davon rund 51 Millionen Euro TEN-Mittel.
Die verbleibende Summe wird anteilig von Bahn und Dritten übernommen.
Das Projekt umfasst insbesondere den Bau eines dritten Gleises von Oberhausen Hauptbahnhof über Emmerich bis zur Grenze zwischen Deutschland und den Niederlanden. Im Zuge des Ausbaus werden Bahnübergänge ersetzt und die Strecke mit dem Zugbeeinflussungssystem ETCS ausgerüstet. Außerdem werden Lärmschutzmaßnahmen für die Anwohner realisiert. Entlang der Strecke entstehen Schallschutzwände auf einer Länge von rund 75 Kilometern.
Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer: "Wir wollen mehr Güter von der Straße auf die Schiene bringen. Mit dem Ausbau der BETUWE-Linie machen wir den mit Abstand wichtigsten Güterverkehrskorridor in Deutschland und Europa für die Zukunft fit. Damit können auf diesem wichtigen Korridor künftig deutlich mehr Güter transportiert werden. Auch die Kapazitäten für den Fern- und Nahverkehr werden erhöht. Damit stärken wir die Wirtschaft in der Region. Und vom verbesserten Schallschutz profitieren alle Anwohner."
Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen: "Seit mehr als 20 Jahren versuchen wir die BETUWE-Linie auf die Schiene zu bringen. Seit Jahrzehnten müssen Unternehmen ihre Güter aus und zu den Seehäfen der Niederlande durch diesen Engpass transportieren. Nun kann die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen und ganz Deutschland endlich aufatmen. Diese heutige Unterzeichnung ist ein Meilenstein für die nordrhein-westfälische Verkehrspolitik."
Rüdiger Grube, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bahn AG: "Heute stellen wir die Signale für ein bedeutendes Schieneninfrastrukturprojekt auf Fahrt. Die Strecke Emmerich - Oberhausen ist zentraler Bestandteil des europäischen Güterverkehrskorridors Rotterdam-Genau. Es ist wichtig, diese Verbindung zeitnah auszubauen, um die dringend benötigten Kapazitäten für den Güter- aber auch Personenfern- und -Nahverkehr zu schaffen. Wir freuen uns, dass der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen die Mittel für die Maßnahmen bereitgestellt haben."
Michael Groschek, Verkehrsminister des Landes Nordrhein-Westfalen: "Die Realisierung der BETUWE-Linie ist längst überfällig. Aber nicht nur der Güterverkehr, auch die vielen Pendler werden von der heutigen Vertragsunterzeichnung profitieren. Denn neben der BETUWE-Linie hat der Bund endlich die langersehnte Finanzierung für den ersten Abschnitt des RRX zugesagt. Was viele versprochen haben kann nun endlich verwirklicht werden: Wir setzen den RRX auf die Schiene. Das ist ein Gesamtpaket, das den Menschen und der Wirtschaft hierzulande eine gute Perspektive gibt."
Neben den Finanzierungsvereinbarungen für den Ausbau der Bahnstrecke Emmerich - Oberhausen unterzeichneten Bund, Land und DB AG eine gemeinsame Erklärung, die auch die intensive Fortführung der Planungen für den Rhein-Ruhr-Express (RRX) beinhaltet. Der Bund hat die für erste Abschnitte des Vorhabens erforderlichen Haushaltsmittel bereits in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt. Vereinbart wurden neben Maßnahmen im Bahnhof Dortmund auch der Ausbau des ersten Planfeststellungsbereichs zwischen Köln-Mülheim und Langenfeld-Berghausen. Eine Finanzierungsvereinbarung wird im Haushaltsjahr 2014 abgeschlossen. Anwohner und Interessierte haben Gelegenheit, sich im Rahmen einer mobilen Wanderausstellung zum Projekt Emmerich - Oberhausen zu informieren. Beginnend am 17. Juli in Voerde tourt diese in den kommenden Monaten durch sieben Kommunen entlang der Strecke.
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)
Invalidenstraße 44
10115 Berlin
Deutschland
Telefon: +49 30 18 300 - 2040
Telefax: +49 30 18 300 - 2059
Mail: presse@bmvbs.bund.de
URL: <http://www.bmvbw.de>

Pressekontakt

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)

10115 Berlin

bmvbw.de
presse@bmvbs.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)

10115 Berlin

bmvbw.de
presse@bmvbs.bund.de

Die Aufgaben Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sind in einem Ministerium vereinigt. Das BMVBS ist damit das wichtigste Investitionsressort der Bundesregierung. Hier sind alle Zuständigkeiten des Bundes für verkehrliche und bauliche Infrastrukturen gebündelt: Bundesfernstraßen, Schienen- und Wasserwege, Städtebau, Stadtentwicklung und Raumordnung. Als herausragendes Innovationsministerium gibt das BMVBS Impulse für die Verkehrstechnologie und die Bauwirtschaft. In der Luftfahrt, in der Satellitennavigation, bei neuen Antrieben und Kraftstoffen, bei energiesparenden Bauweisen sorgen die Experten des Ministeriums für gute Rahmenbedingungen. An seinen beiden Standorten Berlin und Bonn hat das Ministerium insgesamt 1.600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In neun Abteilungen wird die Arbeit des BMVBS umgesetzt. Die Leitungsabteilung untersteht dem Minister unmittelbar und unterstützt ihn bei seinen politischen Aufgaben. Sie widmet sich den Themen der Presse, Öffentlichkeitsarbeit und Neuen Medien sowie der Zusammenarbeit mit anderen Ministerien, dem Deutschen Bundestag, dem Bundesrat und anderen Institutionen. Die Zentralabteilung nimmt die administrativen Aufgaben im Ministerium selbst und in seinem Geschäftsbereich wahr. Sie hat zentrale Steuerungsaufgaben in den Bereichen Haushalt, Personal, Organisation, Verwaltungsmodernisierung, technische Infrastruktur sowie bei der Betreuung der Liegenschaften. Zusammen mit den nachgeordneten Behörden trägt das BMVBS Verantwortung für über 26 Milliarden Euro an Haushaltsmitteln und rund 27.000 Beschäftigte. Vertreter des

Ministeriums nehmen zudem die Interessen des Bundes als Eigentümer bzw. Miteigentümer bei Unternehmen im Verkehrs-, Bau- und Wohnungsbereich, z.B. bei Flughafen- und Wohnungsbaugesellschaften, wahr. In der Abteilung Umweltpolitik und Infrastruktur, Grundsatzfragen des Ressorts, Europaangelegenheiten werden grundlegende strategische Politikkonzepte entwickelt und umgesetzt. Es geht schwerpunktmäßig darum, durch eine bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur und deren nachhaltige Finanzierung passende Rahmenbedingungen für ein leistungsfähiges Verkehrssystem zu schaffen. Gleichzeitig muss die Verkehrs- und Baupolitik umwelt- und klimafreundlich ausgestaltet werden. Ein weiteres wichtiges Thema der Abteilung ist die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei Planungsentscheidungen zur Verkehrsinfrastruktur. Außerdem kümmern sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter intensiv um die Förderung von Forschung und Innovation sowie die Koordination und Steuerung der EU-Politik. Für alle Fragen rund um den Schienen- und Straßenverkehr ist die Abteilung Landverkehr zuständig. Sie vertritt außerdem die Interessen des Bundes als Eigentümerin der Deutschen Bahn AG. Wichtigste Aufgabe der Abteilung Straßenbau ist der Erhalt, Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen. Das Straßennetz im Verantwortungsbereich des Bundes besteht derzeit aus rund 12.000 km Bundesautobahnen und etwa 41.000 km Bundesstraßen. Für die 7.300 km langen Binnenwasserstraßen und die Seewasserstraßen mit einer Fläche von 23.000 km² in unserem Land ist die Abteilung Wasserstraßen und Schifffahrt zuständig. Einen Schwerpunkt dieser Abteilung bildet die Mitarbeit in internationalen Institutionen, in denen z.B. Fragen des See- und Schifffahrtsrechts erörtert und entschieden werden. Auch in der Abteilung Luft- und Raumfahrt ist der Blick über die Grenzen Deutschlands Alltag. Hier geht es sowohl um faire internationale Wettbewerbsregeln als auch darum, den weltweit wachsenden Luftverkehr effizient, sicher und umweltfreundlich zu gestalten. Die Abteilung Raumordnung, Stadtentwicklung, Wohnen kümmert sich um die Bereiche Stadtentwicklung und Raumordnung, Bau- und Wohnungsrecht sowie Mietrecht. Dabei hat die gemeinwohlorientierte Sicherung des Wohnens auch angesichts der demografischen Entwicklung einen hohen Stellenwert. In dieser Abteilung sind auch die Programme der Städtebauförderung, vor allem zum Stadtumbau sowie zur Sozialen Stadt angesiedelt. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Entwicklung der ländlichen Infrastruktur gelegt. Die Abteilung Bauwesen, Bauwirtschaft und Bundesbauten ist für Grundsatzfragen des Bauwesens, die energetische Modernisierung, das öffentliche Auftragswesen, Baukultur, Bautechnik und Bauwirtschaft zuständig. Darüber hinaus übernimmt sie die fachliche Verantwortung für zivile Bauten des Bundes im In- und Ausland.